

Breitband- ausbau in Deutschland

BREKO-Report

3/2009

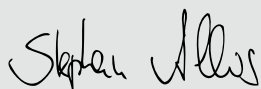
Der vierteljährliche Infodienst vom Bundesverband Breitbandkommunikation für Politik und Medien

EDITORIAL

Die Wahl ist entschieden, die Regierung steht. Die deutsche Wirtschaft schwankt zwischen Hoffen, dass der Aufschwung beginnt, und der bangen Ahnung, dass die Krise noch Opfer fordern wird. Die bislang nur moderate Zunahme der Arbeitslosigkeit hat die meisten Ökonomen überrascht: Sie mussten ihre düsteren Prognosen zurückziehen. Weitere Aufhellungen für den Arbeitsmarkt liegen auch im anhaltenden Breitbandausbau begründet. Das sind Ergebnisse einer Studie der Columbia Business School aus dem Sommer dieses Jahres. Schnellere Internetanschlüsse würden mehr Arbeitsplätze bringen. Von den positiven Effekten des Breitbandausbaus würden alle Branchen profitieren und bis zum Jahr 2020 könnte fast eine Million neuer Arbeitsplätze entstehen.

Investitionssicherheit durch die anhaltende Regulierung des marktbeherrschenden Unternehmens und offene, attraktive Zugangsmodelle – wie das vom BREKO propagierte Open Access Modell – unterstützen Wachstum, Innovation und Beschäftigung. Das haben wir den TK-Politikern in den Koalitionsverhandlungen immer wieder glaubhaft vermittelt.

Auch nach dem Ende der Rezession ist die Krise noch nicht vorbei. Aber Deutschland scheint recht glimpflich daraus hervorzugehen. Ich sehe das Glas zumindest halbvoll.



Dr. Stephan Albers

Geschäftsführer BREKO, Bonn im Oktober 2009

Verkehrte Welt: Die Breitbandinitiative als Jobkiller?

Anfang Oktober wird Telekom-Aufsichtsrat und ver.di-Bundesvorstand Lothar Schröder mit seiner Forderung an die Regierung im „Focus“ zitiert, ihre Wirtschaftspolitik neu zu justieren: „Die Regulierung gefährdet Arbeitsplätze und den Erfolg der Breitbandoffensive. Wenn sich das nicht ändert, laufen wir auf ein gewaltiges Beschäftigungsproblem und einen wahrscheinlich ausufernden Konflikt zu.“



Was war geschehen? Wie konnten sich die unbestreitbar positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Breitbandinitiative quasi über Nacht ins Gegenteil verkehren?

Vorausgegangen waren Presseberichte, nach denen bei der DTAG ein massiver Stellenabbau zu erwarten sei - als Folge des Netzausbaus vom klassischen Telefonnetz auf das Internet-Protokoll. Die Studie einer Stuttgarter Beratungsfirma wurde in der Internetausgabe des Magazins „Focus“ zitiert: „Die Modernisierung der Kernnetze wird innerhalb der kommenden drei bis vier Jahre weitestgehend realisiert sein und bei der Telekom zu einem ‚Personalminderbedarf‘ in einer Größenordnung von voraussichtlich 10.000 bis 15.000 Vollzeitstellen führen.“

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

Dass die vereinfachte Struktur moderner Kernnetze weniger Schaltpunkte und Standorte erfordert und damit zu einem massiven Rückgang manueller Zugriffe führt, ist nicht neu und deshalb in der bestehenden Regulierung berücksichtigt. Mit dem Schreckgespenst eines erwarteten Stellenabbaus die Forderung nach einer Rücknahme der Regulierung des Netzzugangs zu erheben, ist kurzfristig und impliziert die Rückkehr zu monopolistischen Marktstrukturen, die niemand will.

Die Breitbandinitiative der Bundesregierung hat das erklärte Ziel, Wachstum durch Produktivitätsfortschritte zu erreichen. Die Behauptung, diese Initiative und die damit einhergehende Regulierung gefährde dagegen Arbeitsplätze, ist ebenso einseitig wie falsch. Dank breitbandiger Internet-Zugänge kann das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland bis 2010 um bis zu 46 Milliarden Euro stärker ausfallen. Zudem können bis zu 265.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies sind zwei Ergebnisse einer Studie über die gesamtwirtschaftlichen Potenziale von Breitband, die die Partner der Deutschen Breitbandinitiative bereits vor zwei Jahren vorgestellt haben.

Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg betont in seiner jüngsten Zwischenbilanz der Breitbandstrategie (15.09.2009), dass „um den möglichst flächendeckenden Aufbau der nächsten Generation von Hochleistungsnetzen zu befördern und die Kluft zwischen Ballungsräumen und ländlichen Gebieten spürbar zu verringern, eine stärker innovations- und wachstumsorientierte Regulierung ebenso notwendig ist wie die intelligente Nutzung von Synergieeffekten im Infrastrukturbereich.“

Entgegen anders lautender Behauptungen lassen sich keine Anzeichen finden, dass die gegenwärtige Regulierung beim Breitbandausbau Arbeitsplätze gefährdet. Ganz im Gegenteil sehen Entscheider aus Politik und Wirtschaft die fundamentale Bedeutung einer innovations- und wachstumsorientierten Regulierung.

Der BREKO sieht in diesem Zusammenhang mindestens drei gute Gründe, die gegenwärtige Regulierung nicht zurückzudrehen:

1. Investitionssicherheit erhalten

Um dem Ziel von Wirtschaft und Politik nahe zu kommen, die Breitbandversorgung in Deutschland signifikant zu verbessern, leisten die traditionell investitionsfreundlichen Unternehmen des BREKO einen signifikanten Beitrag. Sie investieren überproportional vor allem in den regionalen Netzausbaubereichen und den ländlichen Raum. Allein die im BREKO vertretenen Unternehmen haben im vergangenen Jahr etwa 1,1 Milliarden Euro in den Breitbandausbau investiert und zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen.

2. Lasten verteilen

Es besteht Einigkeit darüber, dass das geschätzte Investitionsvolumen von 30 Milliarden Euro für die flächendeckende Breitbandversorgung nicht von einem einzelnen oder einigen wenigen Marktteilnehmern geschultert werden kann. Vielmehr müssen möglichst viele Marktteilnehmer in Netzinfrastruktur investieren. Regulierung schafft Investitionssicherheit, Investitionen schaffen und sichern Arbeitsplätze. Eine ex-ante Regulierung der Vorleistungsprodukte des Ex-Monopolisten ist daher zur Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen auch in zukünftigen Netzen geboten.

3. Wachstum durch Vielfalt

Wettbewerb tut gut – auch und gerade im Infrastrukturbereich. Das gilt in Bezug auf die Technologievielfalt wie auch in Bezug auf die Anbietervielfalt. Die diskriminierungsfreie Bereitstellung des Netzzugangs treibt den Glasfaserausbau. Das generiert Wachstum, erhöht die Investitionsbereitschaft anderer Marktteilnehmer und schafft und sichert nicht zuletzt Arbeitsplätze.

Der Mix macht's

Vielfalt von Technologien und Anbietern fördert den Breitbandausbau

Das von der Politik vorgegebene Ziel, 50 Mbits/s schnelle Verbindungen für 75 Prozent der Bevölkerung bis zum Jahr 2014 zu erreichen, ist aus Sicht des BREKO ambitioniert – aber machbar.

Mit weit über sieben Millionen Breitbandanschlüssen leisten die BREKO-Mitgliedsunternehmen schon heute einen wesentlichen Beitrag zu den von der Bundesregierung gesetzten Breitbandzielen. Allein im Jahr 2008 haben BREKO-Unternehmen weit über eine Milliarde Euro investiert – auch im Vergleich zur Deutschen Telekom ein ansehnlicher Betrag. Für 2009 planen die BREKO Mitglieder mehrheitlich, ihre Investitionen zu erhöhen. So hat beispielsweise die westfälische HeLi NET mit direkter Glasfaseranbindung für 4500 Haushalte in den Städten Hamm, Kamen und Lünen ein Projekt realisiert, das Schule machen kann. Das Mitglied EWE TEL hat im Ems-Weser-Elbe-Gebiet über 350 Ortsnetze mit DSL erschlossen.

Glasfaseranschlüsse wurden in der Kreisstadt Westerstede sowie in Stadtteilen von Oldenburg und Nordhorn realisiert, während die Insel Spiekeroog über eine Richtfunkstrecke angebunden wurde. Die Beispiele beweisen, dass verlässliche Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit zu Investitionen auch in der Fläche führen.

Das angestrebte, quasi flächendeckend verfügbare High-speed-Breitbandnetz kann nur durch den Aufbau von extrem leistungsfähigen Glasfasernetzen realisiert werden. Angesichts enormer Investitionen werden sich künftige FTTX-Strukturen jedoch sukzessive entwickeln. Für BREKO Mitglieder bedeutet das, regional zunächst auch mit Vorleistungen der Deutschen Telekom etwa auf Basis der Teilnehmeranschlussleitung zu operieren. Flächendeckende FTTX-Strukturen haben ihren Preis und werden deshalb kaum von heute auf morgen entstehen. So erwartet der BREKO, dass die Hauptverteiler (HVT) in den 50 VDSL-Ausbaubereichen der Deutschen Telekom AG mindestens noch weitere 5 Jahre bis 2015 erhalten bleiben, während in den ländlichen Gegenden erst mit einem weitaus späteren Abbau der HVT's gerechnet wird. Fest steht: Von den Bedingungen für die jetzigen Infrastrukturen hängt es ab, wie schnell in Deutschland eine flächendeckende FTTX-Infrastruktur aufgebaut werden kann.

Unstrittig ist, dass die VDSL-Vorprodukte der Deutschen Telekom für den wettbewerblichen Ausbau der hochleistungsfähigen Breitbandnetze von hoher Bedeutung sind. So kommt auch den drei Entgeltsanträgen der Telekom zu den

(Fortsetzung auf Seite 4)

VDSL-Vorprodukten hohe Bedeutung zu. Diese hat im August bei der BNetzA drei Entgeltanträge eingereicht. Erstens für den Zugang zu den Kabelkanälen zwischen dem Kabelverzweiger (KVz) und dem HVt. Zweitens für den Zugang zu einer unbeschalteten Glasfaser und drittens für den Zugang am Multifunktionsgehäuse. Beim Zugang am - und im KVz ist der Weg vom HVt zum KVz ein wesentlicher Kostenfaktor. Nach den derzeitigen Gegebenheiten müssen von einem HVt ca. 35 KVz erreicht werden.

Die BNetzA hat die Anträge der Telekom zwischenzeitlich abgelehnt. Zum einen waren die den Anträgen zugrundeliegenden Leistungsbeschreibungen der Telekom für ein nachfrage- und wettbewerbsgerechtes Produkt vollkommen unzureichend. Zum anderen sahen die Anträge auch die ökonomisch sinnvolle Variante eines Zugangs im KVz der Telekom erst gar nicht vor. Beide Aspekte waren vom BREKO im bisherigen Regulierungsverfahren heftig kritisiert worden.

Notwendig ist also ein Leistungspaket, das in allen Komponenten - sowohl, was den Zugang am und im KVz als auch die Überbrückung der Strecke zwischen HVt und KVz durch die Nutzung von Leerrohren oder unbeschalteter Glasfaser angeht - wettbewerbsgerecht ist. Ein solches Leistungspaket wurde von verschiedenen Wettbewerbsunternehmen in den zwischenzeitlich eingeleiteten Regulierungsverfahren detailliert beschrieben. Einige BREKO-Mitgliedsunternehmen haben bereits eigene Verfahren bei der BNetzA eingeleitet. BREKO Geschäftsführer Stephan Albers geht davon aus, dass der Regulierer auf dieser Basis nun ein wettbewerbsgerechtes Paket anordnen wird und dass anschließend die Preise festgelegt werden. Das schafft eine wichtige Grundlage für weiteren Infrastrukturwettbewerb in Deutschland.

FIRMENREPORT

DOKOM21

DOKOM21 nimmt Gewerbegebiet Ramsloh ans Netz

Seit September ist es soweit: Das Gewerbegebiet Ramsloh geht mit Hochgeschwindigkeit ins Netz. DOKOM21 hat für eine optimale Telekommunikationsanbindung nach dem neusten Stand der Technik eigene Glasfaserkabel bis in

die Unternehmensgebäude hinein verlegt. Mit der „Fibre to the Building (FTTB)“-Technik garantiert DOKOM21 eine zuverlässige Versorgungssicherheit mit hohen und stabilen Bandbreiten. Das befriedigt die große Nachfrage der dort ansässigen Gewerbetreibenden und bietet für das Gewerbegebiet zukunftssichere Standortvorteile in der Telekommunikationsanbindung mit Bandbreiten zwischen 2,5 Mbit/s und 1 Gbit/s.



Schalksmühles Beigeordneter Wolfgang Spidlen, DOKOM21-Geschäftsführer Jörg Figura, Bürgermeister Jörg Schönenberg, DOKOM21-Vertriebsingenieur Thomas Helmecke (v.l.)

In den vergangenen zehn Jahren hat DOKOM21 rund 50 Millionen Euro in die Infrastruktur investiert und bereits über 450 Kilometer Glasfasertrassen gebaut. Das Anschlussgebiet umfasst neben Dortmund, Unna, Herdecke und Holzwickede die Städte Halver, Iserlohn, Kierspe, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Menden und Schalksmühle im Märkischen Kreis. Das Leistungsspektrum reicht von Telefonanschlüssen über Internetzugänge bis hin zur Vernetzung von Unternehmen sowie dem Betrieb kompletter Netzwerke. Sowohl Geschäfts- als auch Privatkunden erhalten aus einer Hand die passenden Lösungen für ihre Kommunikation. DOKOM21 ist der einzige Anbieter, bei dem die Bandbreiten der DSL-Übertragung vom Nutzer individuell angepasst werden können. Kunden, die zu DOKOM21 wechseln möchten, können zudem ihre bestehende Telefonnummer behalten. Ein Vorteil von erheblichem praktischen Nutzen, denkt man allein an den Aufwand, den Kundenstamm über Änderungen in der Adresse oder Telefonnummer zu informieren.